

## Überregionaler Pressespiegel 21.01.2012

OTZ.de | 21.01.2012 | Frank Döbert

### Mobilisierung gegen Rechts in Jena verläuft mit Hindernissen

Dresden ohne Stadtrat: Hickhack um Einladung und im Hauptausschuss.

Jena. Etwa 400 Jenaer demonstrierten im Februar vergangenen Jahres in Dresden gegen den Aufmarsch der Rechtsextremisten. In diesem Jahr sollen es möglichst noch mehr werden. Auch wenn es gegenwärtig als sehr wahrscheinlich gilt, dass ein Aufzug von mehreren Tausend Rechten anders als in den Vorjahren nicht stattfinden wird, will der neue Dresdner Polizeipräsident diesmal noch härter gegen Blockaden vorgehen und kündigte Wasserwerfer und Räumpanzer gegen bisher erfolgreiche Blockaden an.

In Jena läuft derweil bereits die Mobilisierung für Dresden-Fahrten am 13. und 18. Februar, doch überschattet wird dies von den Querelen am Runden Tisch für Demokratie. Sie sorgten dafür, dass eine im Vorfeld geplante Podiumsdiskussion "Mittendrin statt nur dabei. Rechtsextremismus in Thüringen" trotz der bestätigten Teilnahme der Präsidenten des LKA Thüringen sowie des Landesamtes für Verfassungsschutz abgesagt wurden. Beide hatten bereits am 12. und 13. Januar unabhängig von der Anfrage an Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht zugesagt. Die am Montag in der Sitzung des Runden Tisches für Demokratie vom Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus vorgetragenen massiven Einwände gegen eine Teilnahme vor allem des Verfassungsschutzes ("Der Präsident des Landesamtes kann dort nicht sitzen") führte dazu, dass sich, um weitere Kontroversen zu vermeiden, der Runde Tisch diese Haltung zu eigen machte mit dem Ergebnis, die Veranstaltung abzusagen.

Für weitere Konfusion sorgte nun am Mittwoch der Hauptausschuss, in der die Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates vertreten sind. In der Sitzung lag zur Annahme der gemeinsame "Aufruf des Runden Tisches und des Jenaer Stadtrates zum 13. und 18. Februar 2012" vor.

Der schien nun dem Fraktionsvorsitzenden der Bürger für Jenas, Jürgen Haschke, zu diffus. Er forderte, obwohl "friedliche Aktionen" klar benannt sind, eine Ergänzung, in der es um eine Distanzierung von "linken autonomen kriminellen verummten Steinewerfern und Störern" ging, wie er OTZ gegenüber bestätigte. In der Debatte wurde u.a. auf Intervention von Jens Thomas (Linke) schließlich "Autonome" und "Linke" gestrichen. Angenommen wurde der Beschluss, der auf die Tagesordnung des Stadtrates am 1. Februar gesetzt werden sollte, dennoch nicht, weil der Aufruf in seiner veränderten Fassung nicht mehr der Fassung des Rundes Tisches entsprach und vom OB zurück gezogen wurde. Konsequenz: Der Stadtrat steht jetzt faktisch nicht mehr hinter dem Aufruf des Runden Tisches ein weiteres fatales politisches Signal aus der Stadt Jena. In der Fraktion der "Bürger für Jena", der auch Lothar König angehört, wird Haschkes Alleingang wohl nicht ohne Folgen bleiben.

<http://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/Mobilisierung-gegen-Rechts-in-Jena-verlaeuft-mit-Hindernissen-254174724>

---

## Koalition will umstrittenes Gesetz beschließen

### Sachsen will Versammlungsrecht einschränken

Dresden (RPO). Vor den geplanten Februar-Aufmärschen von Neonazis in Dresden soll in Sachsen das Versammlungsrecht verschärft werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf will die schwarz-gelbe Koalition am Mittwoch im Landtag beschließen.

Mit dem Gesetz sollen Demonstrationen an historisch herausragenden Orten unter bestimmten Bedingungen verboten werden können. Es ist bereits der zweite Anlauf der Koalition, nachdem der sächsische Verfassungsgerichtshof den ersten Entwurf im vergangenen Jahr gekippt hatte.

Das Gesetz soll erlassen werden, um die Würde von NS- und Kriegsoptionen zu schützen und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremen zu verhindern. Geschützt werden das Leipziger Völkerschlachtdenkmal und die Dresdner Frauenkirche mit dem Neumarkt.

Am 13. und 14. Februar - dem Jahrestag der zerstörerischen alliierten Bombenangriffe auf die sächsische Landeshauptstadt - wird das Demonstrationsrecht zudem für Teile der Dresdner Altstadt und der Neustadt eingeschränkt. Gedenktage sollen auf diese Weise von Neonazis nicht missbraucht werden können.

### Gericht kippte Entwurf wegen gravierender Formfehler

Für eine Gesetzesverschärfung gab es bereits mehrere Anläufe. Ein erster Entwurf war noch von der Koalition aus CDU und SPD erarbeitet, aber nicht beschlossen worden. Einen weiteren Anlauf unternahm dann die seit 2009 amtierende Koalition aus CDU und FDP.

In einer bundesweit Aufsehen erregenden Entscheidung erklärte der sächsische Verfassungsgerichtshof den Entwurf im April 2011 jedoch wegen gravierender Formfehler für nichtig. Begründung: Den Abgeordneten habe für ihre Entscheidung der Wortlaut des Gesetzes gefehlt.

Der Wortlaut sei "weder in die Gesetzesvorlage noch in nachfolgenden Parlamentsdokumenten enthalten gewesen", kritisierten die Richter. Die Parlamentarier könnten aber nur eigenverantwortlich abstimmen, wenn ihnen alle Informationen zur Verfügung stünden.

Justizminister Jürgen Martens (FDP) kündigte unmittelbar nach der Entscheidung an, dass die Landesregierung inhaltlich an dem Entwurf festhalten werde, weil die Richter nur formale Fehler geltend gemacht hätten. Derzeit gilt in Sachsen das Bundesversammlungsgesetz.

### Opposition zog vor den Gerichtshof

Martens Ankündigung rief erneut die Opposition auf den Plan, die das Gerichtsverfahren ins Rollen gebracht hatte. 52 Abgeordnete von Linken, Grünen und SPD hatten geklagt. Ein erneuter Gang vors Gericht ist nun nicht ausgeschlossen. Streitpunkt ist der Inhalt Entwurfs, zu dem sich die Richter nicht geäußert hatten. Die Beschränkung der Demonstrationsfreiheit hält die Opposition für verfassungsrechtlich bedenklich. Der Rechtsexperte der Grünen-Fraktion, Johannes Lichdi, sagte deshalb, er hoffe, "dass die Koalition nicht so wahnsinnig ist, das Gesetz erneut dem Landtag vorzulegen".

Die Koalition hat den Formfehler ausgemerzt. Nachdem auch Juristen heftige Kritik in Landtagsausschüssen an dem Entwurf übten, nahm die Koalition einige Änderungen vor. Nach Ansicht der Opposition reicht das aber nicht aus, weil Meinungen von Neonazis ohnehin nicht verboten oder verhindert werden können. Am 13. und 18.

Februar nun planen wieder Tausende Neonazis Aufmärsche in Dresden. Der Neumarkt sowie die nördliche Altstadt und die südliche innere Neustadt werden für sie eine Sperrzone sein, wird das Gesetz am Mittwoch wie geplant im Landtag verabschiedet.  
apd

<http://www.rp-online.de/politik/deutschland/sachsen-will-versammlungsrecht-einschraenken-1.2680982>

---

## Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 20.01.2012

Junge Welt | 20.01.2012 | Markus Bernhardt

### »NPD und Terroristen agierten im selben Milieu«

Die Linke will Auftrag des »Sachsensumpf«-Untersuchungsausschusses um »NSU«-Terror erweitern. Gespräch mit André Hahn

Dr. André Hahn ist Vorsitzender der sächsischen Linksfraktion

*Erneut will die rechtsextreme »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) im Februar in Dresden aufmarschieren und die Erinnerung an die Bombardierung der Stadt 1945 durch die Alliierten für ihre Zwecke mißbrauchen. In welchem Ausmaß werden sich die Mitglieder Ihrer Fraktion an den geplanten Gegenprotesten beteiligen?*

Noch ist nicht absehbar, an welchem Tag und in welchem Umfang die Nazis in diesem Jahr erneut versuchen werden, Straßen und Plätze der sächsischen Landeshauptstadt in Beschlag zu nehmen. Es gibt ja erfreuliche Hinweise darauf, daß der wiederholte Erfolg Zigtausender Gegendemonstranten in den Jahren 2010 und 2011, in denen es den Nazis nicht gelungen ist, ihren Marsch durchzuführen, demobilisierende Wirkung in der Szene der extremen Rechten hat.

Dies ist aber zugleich ein erneutes starkes Indiz für unsere Auffassung, daß es bei allem Respekt vor unterschiedlichen Formen des Protestes das Allerwichtigste ist, daß es den Nazis schlicht nicht mehr gelingt, ihren braunen Spuk in Marschformation durch die Stadt zu tragen. So war es zuvor auch in anderen Städten, z.B. in Leipzig. Die Nazis geben erst Ruhe, wenn sie nicht mehr zum Zuge kommen. Dazu wollen wir weiterhin einen aktiven Beitrag leisten – wir haben in den vergangenen Jahren unter Beweis gestellt, daß wir dabei flexibel auf aktuelle Szenarien reagieren. Und so wird es auch 2012 sein.

*Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) hat kürzlich verkündet, daß »Antifaschismus nicht die richtige Antwort« im Kampf gegen die Neonazis sei. Warum setzt die Landesregierung selbst nach Bekanntwerden der Verstrickungen zwischen den Inlandsgeheimdiensten und militanten Neonazis im Rahmen der Enthüllungen über das Terrornetzwerk »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) weiterhin auf Verharmlosung der Rechten und Diffamierung ihrer entschiedensten Gegner – nämlich der Antifaschisten?*

Das müssen Sie Herrn Ulbig fragen. Ich weiß nicht, was ihn geritten hat. Meine Empfindung ist, daß einerseits unter dem Eindruck der Enthüllungen über ein Naziterrornetzwerk, das von Sachsen aus eine Serie von rassistischen Morden begangen hat, bei manchen in der CDU durchaus Vernunft Einzug gehalten hat. So sprach der CDU-Abgeordnete Christian Hartmann von der Notwendigkeit eines Protestes in Sicht- und Hörweite zu den Nazis – im schroffen Gegensatz zum behördlichen Trennungskonzept des Jahres 2011, das versuchte, die halbe Stadt gewissermaßen für Nazis zu reservieren. Und Ministerpräsident Stanislaw Tillich lädt öffentlich Menschen aus ganz Deutschland ein, in Dresden gegen Nazis Gesicht zu zeigen, nachdem sächsische Sicherheitsbehörden im Vorjahr Tausende von zum Teil hochbetagten Nazigegnern nötigten, an der Autobahn ihre Busse zu verlassen und kilometerlange Fußmärsche in die Stadt auf sich zu nehmen.

Bei Herrn Ulbig – und das ist leider die andere Seite – klingt immer noch die unselige Extremismuskonzeption durch, hier die Rechts- und da die Linksextremisten. Wir haben immer betont, auch mit Menschen zusammen gegen Nazis zu stehen, die sich nicht vorrangig als Antifaschisten verstehen. Dabei dürfen aber Antifaschistinnen und Antifaschisten nicht ausgegrenzt werden.

*Sehen Sie unter diesen politischen Bedingungen überhaupt eine Chance, die Verstrickungen des sächsischen Geheimdienstes in die terroristischen Aktivitäten des »NSU«-Netzwerkes aufzuklären?*

Wir wollen den Auftrag des Untersuchungsausschusses »Sachsensumpf«, der sich ja ohnehin mit Akten des Landesamtes für Verfassungsschutz befaßt, erweitern, um zu klären, wieso der Verfassungsschutz bei der Bekämpfung des Naziterrors offenbar auf ganzer Linie versagt hat. Die Abstimmung darüber nächste Woche im Landtag wird zum Prüfstein für den Aufklärungswillen der CDU-FDP-Koalition.

*Die neofaschistische NPD sitzt bereits in der zweiten Legislaturperiode mit mehreren Abgeordneten im Sächsischen Landtag. Wie geht deren Fraktion mit den Enthüllungen in Sachen »NSU« um?*

Sie versucht, den Eindruck zu erwecken, als habe sie damit nichts zu tun. Tatsächlich agierten NPD und Terroristen im selben Milieu, was sich auch an der gemeinsamen Zuneigung zum alljährlichen geschichtsrevisionistischen Marsch rund um den 13. Februar in Dresden zeigt. Wer im übrigen den Reden der NPD im Landtag zuhört, insbesondere ihren haßerfüllten Tiraden gegenüber »Ausländern«, der spürt, daß hier die geistigen Wegbereiter derer am Werk sind, die heimtückisch gemordet haben. Und deshalb gehört die NPD verboten.

<http://www.jungewelt.de/2012/01-20/048.php>

---